Archäologische Denkmalpflege in kommunaler Trägerschaft – Möglichkeiten und Grenzen[1]

Karl Schmotz

Viele Vorhaben benötigen einen von außen kommenden Impuls; das war so, das ist so und das bleibt so. Auch in vorliegendem Fall war es nicht anders, doch führte der Impuls zur Installation einer Einrichtung, die bis dahin niemand gekannt hatte, nämlich einer archäologischen Denkmalpflege in kommunaler Trägerschaft. Ein schier unglaubliches Unterfangen, wenn man an den damaligen und auch heutigen Stellenwert der heimischen Archäologie denkt: teuer, nichts Vernünftiges erbringend, den wirtschaftlichen Fortschritt hemmend, die Häuslbauer ärgernd und eigentlich grundsätzlich überflüssig. Man könnte diese Inhalte auch in einheimische, etwas derbere Sprache kleiden, doch das brauche ich hier nicht zu tun, weil Sie als Heimatpfleger diese Sprache ja alle sehr gut kennen. Was war also geschehen?

Im Jahre 1973 richtete das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege in Landshut eine für Niederbayern zuständige archäologische Dienststelle ein. Deren Leitung übernahm Rainer Christlein, ein ungemein aktiver und unser Fach entscheidend fördernder Kollege, dem leider nur zehn Schaffensjahre bei der amtlichen Bodendenkmalpflege vergönnt waren. Er machte innerhalb weniger Jahre aus einem archäologisch wenig beachteten Regierungsbezirk ein in unserem Sinn blühendes Land. Mit geringen Mitteln, aber unbändigem Willen ausgestattet, schaffte er es, in kurzer Zeit große wissenschaftliche Erfolge zu erzielen, die auch in der Öffentlichkeit Beachtung fanden. Sein größtes Verdienst war aber die Nutzung der luftbildarchäologischen Möglichkeiten, die er etwa ab 1977 zunächst selbst, bald aber mit Hilfe von Otto Braasch verwirklichte, und deren hauptamtliche Einführung in Bayern ihm zu verdanken ist. Diese Methode zeigte in kürzester Zeit auf, welche ungeheure Fundstellendichte in den seit dem 6. Jahrtausend v. Chr. ständig besiedelten und bäuerlich bewirtschafteten Lößgebieten Niederbayerns vorhanden ist. Zwar wußte man vorher schon um die historische Bedeutung dieser Region, doch besaß niemand auch nur entfernt eine Vorstellung von deren Dimension. Damit zeigte sich aber auch sehr deutlich, daß eine geordnete Bodendenkmalpflege mit den vorhandenen Mitteln einfach nicht möglich war. Hier bestand nicht nur das Problem der großen Fundstellenzahl, sondern ganz besonders das Problem der Gefährdung. In erschreckendem Ausmaß zeigten sich schon damals die enormen Verluste durch Bodenerosion in den intensiv bewirtschafteten Lößgebieten. Durch Abschwemmung und Auswehung wurden und werden ständig archäologische Fundplätze freigelegt, die, abhängig von Relief, Bodenbeschaffenheit und Feldbau, mehr oder weniger schnell der Zerstörung anheim fallen. Hinzu kam der allmählich einsetzende wirtschaftliche Aufstieg dieser Region, der sich be-

sonders durch Straßen-, Industrie- und Siedlungsbau manifestierte. Dafür wurden erhebliche Flächen in Anspruch genommen, von denen nicht wenige archäologische Denkmäler enthielten. Doch im Gegensatz zu den landwirtschaftlich genutzten Bereichen ließen sich die von Überbauung bedrohten Gebiete wesentlich besser kontrollieren. Jede Baumaßnahme erfordert eine Planung, die eine gewisse Zeit beansprucht, und bei rechtzeitigem Einschalten der archäologischen Denkmalpflege besteht hier auch die Möglichkeit, tätig zu werden. Doch wer sollte diese Möglichkeiten wahrnehmen, wer sollte überhaupt die notwendigen Ausgrabungen durchführen? Die geringe personelle Ausstattung der Landshuter Außenstelle ließ keine großen Spielräume zu, ja sie war bereits mit der Begutachtung einlaufender Flächennutzungs- und Bebauungspläne fast überfordert. In dieser Zeit galt Improvisation als höchstes Gebot. Einige an der Archäologie interessierte Personen stellten sich helfend zur Verfügung, wurden rasch mit den wichtigsten grabungstechnischen Grundsätzen vertraut gemacht und gleich „an die Front" geschickt. Einen großen Glücksfall bedeutete die Einführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die wenigstens den chronischen Mangel an Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten beheben half. Zwar traten damit erhebliche soziale Probleme auf, weil grundsätzlich nur schwer oder überhaupt nicht vermittelbare Personen von den Arbeitsämtern zugeteilt wurden, doch ohne sie wäre die heimische Archäologie vollends zum Scheitern verurteilt gewesen. Mancher Grabungsleiter mußte sich mehr als Sozialarbeiter betätigen, als ihm lieb sein konnte, eine Alternative war aber nicht in Sicht. Da konnten auch die manchmal von Gemeinden oder Landkreisen kurzzeitig zur Verfügung gestellten Bauhofarbeiter oder Rentner wenig Unterstützung bieten.

Mit dem Anstieg des Wissens um die vorhandenen Bodendenkmäler wuchsen also auch die Anforderungen an die Denkmalpflege. Deren Bewältigung war aber nur mit Hilfe der kommunalen Gebietskörperschaften möglich. Hier stieß man aber rasch an die Grenzen der Akzeptanz und der persönlichen Einstellung von Bürgermeistern oder Landräten. Es war also ein ständiges Bemühen erforderlich, in Verhandlungen mit den jeweiligen Mandatsträgern Unterstützung in verschiedenen Formen zu erhalten. Da ging es um Abstellung von Arbeitskräften, Beantragen und Verwalten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis zu finanziellen Hilfen. Ein Hinweis auf die Verpflichtung der kommunalen Gebietskörperschaften zur Unterstützung denkmalpflegerischer Maßnahmen, wie sie im Denkmalschutzgesetz festgeschrieben ist, war ihnen lange Zeit unbekannt, und auch heute wird diese Regelung gerne übersehen. Viel Zeit war also erforderlich, bis wenigstens die allernötigsten Voraussetzungen für notwendige Ausgrabungen erfüllt waren. Und hätte nicht häufig die Angst vor Bauverzögerungen bestanden, wäre wahrscheinlich in den meisten Fällen kaum ein Entgegenkommen erreicht worden. Hier rächte es sich, daß das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege als reine Gutachterbehörde konstruiert worden

war und über nur wenig freie Mittel sowie Personal zur Unterstützung notwendiger Grabungsmaßnahmen verfügte.

In dieser unbefriedigenden Situation stiegen die Anforderungen an die Bodendenkmalpflege ständig weiter, und die oben skizzierten Verhältnisse drohten dem wachsenden Druck nicht mehr standhalten zu können. Besonders in Straubing lief man Gefahr, die umfangreichen Überreste der Römischen Kaiserzeit im Weichbild der Stadt durch Überbauung zu verlieren. Zum Glück gab es dort das traditionsreiche Gäubodenmuseum und einen Historischen Verein, der ein gewisses Gewicht in der Öffentlichkeit besaß. Diese Umstände erleichterten es, 1978 einen Archäologen für die dringend notwendigen Grabungen anzustellen, der dann später als Museumsleiter eine feste Stelle erhielt. Der Landshuter Außenstellenleiter Rainer Christlein war an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Im selben Jahr gelang es ihm, den damals neu gewählten und noch heute amtierenden Deggendorfer Landrat Dr. Karl von der Notwendigkeit zu überzeugen, in eigener Regie des Landkreises, aber unter Aufsicht des Denkmalamtes Grabungen durchzuführen, um drohende Bauverzögerungen zu vermeiden. Es gehörte damals eine gewichtige Portion Überzeugungskraft dazu, eine ohne Beispiel dastehende Kreisarchäologie einzuführen. Noch dazu war in Deggendorf eine in der Öffentlichkeit nur unzureichend ausgeprägte Tradition der Heimatforschung vorhanden, ein gewachsener Historischer Verein fehlte anfangs völlig. Erst die 1979 erfolgte Gründung des Geschichtsvereins schuf die Basis für eine Breitenwirkung.

Die Anfänge der Kreisarchäologie in Deggendorf beruhten erheblich auf der Hilfswilligkeit des Arbeitsamtes, das durch die Gewährung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entscheidenden Anteil an der späteren festen Einrichtung hatte. Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisteten die durch günstige Umstände relativ schnell erzielten und auch überregional beachteten Entdeckungen auf dem Gipfelplateau des Natternberges, besonders aber auf der Autobahntrasse nördlich des Berges. Bald waren auch Grabungen im römischen Künzing an der südöstlichen Grenze des Landkreises und beim Bau einer Kreisstraße im Bereich von Osterhofen erforderlich. Die Ausweitung der Grabungsmaßnahmen auf weitere Gemeinden zeigte deutlich, daß permanent die Notwendigkeit bestand, auf kommunaler Ebene denkmalpflegerisch tätig zu sein. Diese Einsicht setzte sich auch im politischen Bereich durch, so daß der vorerst vom Landesamt für Denkmalpflege und der Bundesanstalt für Arbeit finanzierte Archäologe einen auf fünf Jahre befristeten Vertrag beim Landkreis erhielt. Daraus entwickelte sich dann ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Es dauerte geraume Zeit, bis neben dem hauptamtlich tätigen Archäologen weitere Personen außerhalb von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Stelle bekamen. So gibt es noch einen Vorarbeiter sowie eine Person in der Werkstatt; seit 1993 auch sechs Stellen für Arbeiter. Die archäologische Denkmalpflege ist arbeits- und kostenintensiv, weshalb sie auch heute noch mit mehr

oder weniger großem Entgegenkommen behandelt wird. Die Institution der Kreisarchäologie scheint im Prinzip zwar nicht in Frage gestellt, half sie doch schon vielen Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Probleme rasch und unbürokratisch. Seit die Gemeinden aber durch einen Beschluß des Kreisausschusses dazu verpflichtet sind, ungedeckte Personalkosten zu übernehmen, ist die Gegenliebe nicht mehr so groß, auch wenn sie die Kosten auf den Grundstückspreis umlegen können. Billig soll der Baugrund eben sein, doch ist die Frage erlaubt, ob Baugebiete unbedingt im Bereich bekannter und in Flächennutzungsplänen eingetragener Bodendenkmäler ausgewiesen werden müssen. Seit wenigen Jahren machen wir uns – ebenfalls auf Kosten der Gemeinden – die modernen Vermessungsmöglichkeiten privater Grabungsfirmen zu Nutze. Dies führt zu einer Verkürzung der Grabungsdauer, so daß unter dem Strich keine Erhöhung der Kosten zu erwarten ist. Bei großen Privatbaumaßnahmen müssen wir aber darauf drängen, daß die Verursacher Ausgrabungen finanzieren, die von Privatfirmen unter unserer Aufsicht durchgeführt werden.

Das Deggendorfer Beispiel machte Schule. Heute besitzt Niederbayern die größte Dichte archäologischer Dienststellen auf kommunalem Sektor. Die Landkreise Dingolfing-Landau, Kelheim, Passau und Straubing-Bogen sowie die Städte Deggendorf, Passau und Straubing richteten nach und nach eigene Kreis- und Stadtarchäologien ein, deren Arbeitsmöglichkeiten allerdings von den jeweiligen Dienstherren und politischen Konstellationen abhängen. So mancher Kollege mußte sich im Laufe seines Daseins als Politiker betätigen, um seine Situation zu verbessern oder gar zu halten.

Wie funktioniert nun eine kommunale Archäologieeinrichtung? Ich kann hier überwiegend nur aus den in Deggendorf gewonnenen Erfahrungen berichten und nicht für andere Kollegen sprechen. Die Situation ist nämlich von Stadt zu Stadt und von Landkreis zu Landkreis verschieden. Jeder Kollege muß seine administrativen Möglichkeiten ausloten und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Personen arbeiten. Schon bei der Administration zeigt sich, daß die Durchsetzung bodendenkmalpflegerischer Belange nicht so einfach ist, wie es vielleicht den Anschein hat. Es erforderte langjährige Überzeugungsarbeit, um den im Bauamt tätigen Amtskollegen überhaupt erst die Notwendigkeit archäologischer Grabungen nahezubringen. Sie repräsentieren nämlich den gleichen Bevölkerungsquerschnitt, wie er uns außerhalb des Landratsamtes begegnet, dort aber wird der Archäologie herzlich wenig Interesse entgegengebracht.

Ist die amtsinterne Überzeugungsarbeit so weit fortgeschritten, daß wenigstens die Baupläne der am intensivsten mit Bodendenkmälern gesegneten Gemeinden über den Verteiler zum entsprechenden Sachgebiet gelangen, beginnt die Auseinandersetzung mit den Bauwilligen. Diese werden vorsorglich gleich angeschrieben, um den Faktor Zeit nutzen zu können, bevor überhaupt eine Baugenehmigung vorliegt. In diesem Zusammenhang kann ich heute feststel-

len, daß wirkliche Auseinandersetzungen eher selten vorkamen, weil normalerweise jeder froh ist, wenn seine Probleme unbürokratisch gelöst werden. In den frühen achtziger Jahren war dem beileibe nicht so, und ich könnte von manchen Ereignissen berichten, die mich den gewählten Beruf sogar in Frage stellen ließen.

Hier ist vorläufig nur von Einzelbaumaßnahmen die Rede, die oft außerhalb ausgewiesener Baugebiete liegen, aber von Administration und Organisation her gesehen den größten Aufwand erfordern. Bei einem Sachgebiet, das ohne Sekretärin auskommen muß und dessen Leiter meist nur am Morgen erreichbar ist, bestehen nicht geringe Kontaktprobleme. Die Organisation der Grabungen vor Ort liegt dagegen in den Händen eines engagierten Vorarbeiters, der aber demnächst in Rente gehen wird. Ein wenigstens einigermaßen qualifizierter Nachfolger ist derzeit weit und breit nicht in Sicht. Die Dokumentation der archäologischen Befunde, d. h. deren maßstabsgetreue zeichnerische Aufnahme, lag bis vor kurzem allein in meiner Hand. Dies bedeutete, daß das Büro während der Grabungssaison weitgehend verwaist war. Erst seit 1994 entlastet mich ein gut geeigneter, aber nur angelernter Mitarbeiter bei der Arbeit im Gelände. Überhaupt ist das weitgehende Fehlen ausgebildeter Techniker oder Restauratoren ein großes Manko bei den kommunalen Archäologieeinrichtungen. Da meist mehrere Aktionen gleichzeitig erforderlich sind, bedeutet dies einen nicht unerheblichen Zeitaufwand angesichts der Entfernungen zwischen den einzelnen Grabungsplätzen. Tagesleistungen um die 100 km sind deshalb nicht gerade selten. Erfolg oder Mißerfolg der archäologischen Arbeit auf kommunaler Ebene, aber nicht nur dort, hängt in erheblichem Maße von den Personen ab, die sie betreiben. Ohne persönliches Engagement geht fast nichts.

Einfacher zu handhaben sind dagegen komplette Baugebiete, da deren Planung doch eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Bei einsichtigen und der Bodendenkmalpflege zumindest einigermaßen positiv gegenüberstehenden Gemeinden bzw. deren Repräsentanten lassen sich bereits im Vorfeld Grabungsmaßnahmen einleiten. Großflächige archäologische Untersuchungen bedeuten sowohl für die eigentliche Arbeit vor Ort als auch für den wissenschaftlichen Gewinn entscheidende Vorteile. Deshalb bemühen wir uns verstärkt um die vollständige Ausgrabung ganzer Baugebiete. Daraus ziehen später die Baubewerber den Vorteil, daß sie keine Beeinträchtigungen mehr erfahren. Lediglich bei Baugebieten mit niedriger Befunddichte beschränken wir uns neben der Untersuchung der Erschließungstrassen auf die Beobachtung und Dokumentation der einzelnen Bauplätze, doch entstehen dabei dieselben Probleme wie bei den oben geschilderten Einzelbaumaßnahmen. Gerade die Änderung des Baurechtes bringt uns hier den Nachteil, daß nur noch wenige Pläne zum Landratsamt müssen, deshalb ist ein funktionierender Informationsfluß von den Gemeinden zur Kreisarchäologie zwingend erforderlich. Die ständige Kontaktpflege mit den Gemeinden gehört deshalb in das Repertoire eines jeden kom-

munalen Archäologen. Da kann es durchaus hilfreich sein, das eine oder andere Volksfest zu besuchen, um zu erfahren, was vielleicht erst im nächsten Jahr akut wird. Diese Basisnähe ist unbezahlbar und einer der größten Vorteile gegenüber der staatlichen Denkmalpflege, die nicht nur geographisch zu weit entfernt sitzt.

Archäologie in kommunaler Trägerschaft ist für die damit Beauftragten nicht nur ein schwieriges Betätigungsfeld. Durch den täglichen Umgang mit den im Boden bewahrten Geschichtsquellen bietet sie nicht zu unterschätzende Vorteile bei der Verfolgung wissenschaftlicher Ziele. Die Bodendenkmalpflege sichert schließlich in erster Linie jene Materialien und Befunde, die zur Aufhellung schriftloser oder schriftarmer Zeiten benötigt werden. Sie kann deshalb rasch reagieren, wenn es darum geht, die Bedeutung eines Bodendenkmals einzuschätzen und über die nötige Genauigkeit der Dokumentation zu befinden. Bei der hohen Denkmälerdichte, die vor allem der Raum südlich der Donau aufweist, werden wir ständig mit neuen Quellen konfrontiert. Das mag einem Heimatpfleger unter Ihnen, der ein weniger intensiv besiedeltes Gebiet betreut, fast abenteuerlich anmuten. Und doch ist es so. Die Altsiedellandschaft des Gäubodens und des Tertiärhügellandes war seit dem 6. Jahrtausend v. Chr. ständig von bäuerlichen Gesellschaften besiedelt, die alle ihre Spuren im Boden hinterließen, sei es in Form einfacher Pfostenverfärbungen, tiefer Vorratsgruben oder umfangreicher Lehmentnahmestellen. Der in den ehemaligen offenen Gruben vorhandene, sekundär eingeschwemmte Humus der damaligen Erdoberfläche läßt uns die davon abzuleitenden ehemaligen Siedlungen erkennen, bevorzugt aus dem Flugzeug. Doch trotz aller Luftaufklärung bleiben noch immer große Unsicherheitsfaktoren bei der Beurteilung der einstigen Siedlungsaktivitäten, da auch Untersuchungen an Plätzen, die im Luftbild nichts oder nichts Entscheidendes zeigten, oft zu bemerkenswerten Ergebnissen führten. Dies gilt auch für Bestattungsplätze oder Einzelbestattungen, die häufig sozusagen als „Nebenprodukte" bei Flächengrabungen anfallen.

Da wir auch nach über 150 Jahren archäologischer Forschung noch meilenweit von einem als gut zu bezeichnenden Kenntnisstand entfernt sind, müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um möglichst viele Quellen zu sichern. Es ist deshalb unumgänglich, alle faßbaren Funde, seien sie auch noch so unscheinbar, vor ihrer Zerstörung aus dem Boden zu nehmen und zu archivieren. Dies ist nicht allein Aufgabe der hauptamtlichen Kräfte, sondern bevorzugt der ehrenamtlichen. Deren Arbeit füllt die durch Grabungen gewonnenen Erkenntnisse auf und trägt zur Vertiefung unseres Wissens um die Besiedlung in der Fläche bei.

Da auch beim besten Willen nicht alle bedrohten Denkmäler zu retten sind, gilt es bei den Grabungsaktivitäten Schwerpunkte zu setzen, um nicht in der ungeheuren Masse von Fundstellen zu ertrinken. So gibt es Kulturperioden, über die wir relativ gut Bescheid wissen, wie etwa die als Linienbandkeramik be-

zeichnete älteste bäuerliche Kulturerscheinung. Daneben breiten sich aber auch erhebliche Wissenslücken aus, die sich besonders eklatant am Ende der Jungsteinzeit und an dem Beginn der Bronzezeit in einem Zeitraum zwischen etwa 3000 und 1600 v. Chr. auftun. Selbst die Römische Kaiserzeit, die sich im Deggendorfer Raum wegen der ehemaligen Reichsgrenze entlang der Donau mit vier Kastellstandorten präsentiert, ist nicht unbedingt befriedigend erforscht. Eine gewisse Ausnahme macht hier lediglich Künzing, wo die seit fast 20 Jahren kontinuierlich betriebenen Rettungsgrabungen tiefe Einblicke in die dortigen Verhältnisse ermöglichen. An diesem Ort geschieht inzwischen auch das, was wir uns eigentlich für alle Grabungsplätze wünschen, nämlich die wissenschaftliche Bearbeitung des Fundmaterials. Das war aber nur möglich, weil die Gemeinde den Wunsch nach einem Museum hatte, und eine der Voraussetzungen dafür ist eben die Aufbereitung der in die Tonnen gehenden Funde. Erzwungen durch die Personalsituation, kann im Verhältnis zur Menge des ergrabenen Materials nur wenig bearbeitet werden. Wir bemühen uns deshalb darum, Studenten, die Magister- oder Doktorarbeiten anstreben, für unsere Funde zu interessieren. Für den Landkreis Deggendorf wurden auf diese Weise inzwischen zwei Dissertationen abgeschlossen, eine dritte ist derzeit in Arbeit.

Das im Boden erhalten gebliebene unterirdische Archiv ist mannigfachen Bedrohungen ausgesetzt. Unsere auf kommunaler Ebene vorgenommenen Grabungen, die die Möglichkeiten des Landesamtes für Denkmalpflege um ein Vielfaches übertreffen, können nur ansatzweise die materiellen Überreste des vor- und frühgeschichtlichen Menschen vor ihrem Untergang sichern und für die Forschung bewahren. Während wir uns um die Quellen bemühen, geht eine unbekannte Zahl davon verloren, sei es aus Gedankenlosigkeit, Bosheit oder Unkenntnis. Das Melden eines Fundes während einer laufenden Baumaßnahme ist so extrem selten, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. Alle haben Angst vor einer Baueinstellung, womit wieder bewiesen ist, daß nur vorbeugende Grabungsmaßnahmen sinnvoll sind. Bei der großen Zahl an Bodeneingriffen ist jedoch eine flächendeckende Überwachung nicht möglich, und nur die bereits erwähnte Schwerpunktbildung bietet gewisse Chancen.

Die Zerstörungen durch Baumaßnahmen aller Art und die ständig größer werdende Schar der Sondengänger und Raubgräber sind jedoch harmlos im Vergleich zu dem, was sonst noch alles im Land geschieht. Die größten Verlustfaktoren bescheren uns nach wie vor die landwirtschaftlichen Nutzflächen, auf denen tief gepflügt und dem Boden wenig bekömmliche Früchte wie Zuckerrüben und Mais zugemutet werden. Die Folge davon ist eine erhebliche Erosion, die mancherorts bereits über einen Meter Boden verschwinden ließ; es gibt in Hanglagen nachweislich auch Verluste von zwei Metern und mehr. In solchen Gegenden hat die Archäologie ihren Sinn verloren. Dort gibt es keine frühe Geschichte mehr, und gewisse Ortspolitiker können dann jubilieren, weil die im Flächennutzungsplan eingetragenen Bodendenkmäler nur noch Makulatur sind, um die sich Gott sei Dank niemand mehr zu bemühen

braucht. Daß aber damit das Ortsarchiv, in dem 99 % der Geschichte ruhte, verschwunden ist, das wird nicht wahrgenommen. Doch bei der augenblicklich zu beobachtenden Einstellung gegenüber Archivmaterialien würden sich nur wenige darüber entsetzen, wenn selbst das „normale", aus papierenen Überresten früherer Zeiten bestehende Ortsarchiv in Flammen aufgehen würde. Daß mit dem Untergang der archäologischen Quellen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Daseins dahingehen, damit rechnet kaum jemand, und das ist noch schlimmer als der von unserem Fach zu beklagende Verlust.

Zu den in offenem Gelände erforderlichen archäologischen Ausgrabungen treten immer wieder Arbeiten an mittelalterlich/neuzeitlichen Baudenkmälern. Besonders Untersuchungen in Sakralbauten erschlossen im Lauf der Jahre ganz neue Erkenntnissse zur Baugeschichte unserer Kirchen, die sich heute meist in einem relativ jungen Gewand präsentieren. Zwischen Straubing und Osterhofen gibt es inzwischen eine ganze Reihe mehr oder weniger umfangreich erforschter Stadt- und Landkirchen, deren Baugeschichten ohne die Tätigkeit kommunaler Archäologen mit Sicherheit niemals hätten erfaßt werden können. Bei dieser Gelegenheit will ich an Sie als Heimatpfleger appellieren, alle Ihnen bekannt werdenden Bodeneingriffe in Kirchen umgehend den zuständigen archäologischen Dienststellen zu melden. Nur so wird es möglich, die in der Regel unbekannten Entwicklungen der Sakralbauten nachzuvollziehen, da so gut wie keine schriftlichen Quellen über Baumaßnahmen des Mittelalters berichten.

Kommen wir zum Schluß unserer Betrachtungen, ziehen wir ein Resümee. Die archäologische Denkmalpflege auf kommunaler Ebene entwickelte sich zu einem außerordentlich wichtigen Faktor bei der Sicherung von Bodendenkmälern. Dank der Nähe zu den Genehmigungsstellen, den Ortspolitikern und überhaupt zu den regionalen Gegebenheiten lassen sich notwendige Grabungsmaßnahmen wesentlich unbürokratischer und schneller durchführen, als es das Landesamt für Denkmalpflege vermag. Ja, ich wage zu behaupten, daß das Landesamt nur einen Bruchteil der von uns durchgeführten Grabungen überhaupt vornehmen könnte. Die von den kommunalen Gebietskörperschaften erbrachten Leistungen gilt es aber von staatlicher Seite entsprechend zu würdigen. Hier kommen in erster Linie die jeweiligen Dienstherren, also interessierte Landräte und Bürgermeister in Frage, aber auch die Fachkollegen, die unter oft schwierigen Bedingungen ihren Auftrag erfüllen. Es ist bezeichnend, daß überwiegend solche Gebietskörperschaften ihrer vom Denkmalschutzgesetz geforderten Leistung mehr als vielleicht unbedingt nötig nachkommen, die finanziell nicht unbedingt auf Rosen gebettet sind. Mit acht kommunalen archäologischen Dienststellen nimmt Niederbayern einen herausragenden Platz ein und stellt alle anderen Regierungsbezirke weit in den Schatten. Sind die Niederbayern doch etwas weitschauender, als ihnen gemeinhin zugetraut wird? Das darf ich als in dieser Hinsicht unbelasteter Nicht-Niederbayer durchaus fragen.

Die archäologische Denkmalpflege ist nicht Selbstzweck, nein, sie ist für jene Geschichte zuständig, über die uns kein oder kaum ein Schriftstück berichtet. Dies wird immer noch gerne verkannt und nicht entsprechend gewürdigt. Daß unsere Geschichte bereits weit vor den Wittelsbachern beginnt, ist auch manchen Personen in wichtigeren Positionen noch nicht ganz geläufig. Hier darf ich ein Zitat des eingangs erwähnten Rainer Christlein einfügen. Es stammt aus dem Jahre 1979 und hat wenig von seiner Aktualität verloren: „Der bayerische Mensch, wenn er seinen Blick von der Zeitung hebt, um seinen geschichtlichen Standort zu bestimmen: was sieht er da? Er sieht zunächst einmal einen Wall, gebildet aus einem wohlriechenden und gut schmeckenden, sicher auch leicht bekömmlichen Brei von Historie. Dessen Zutaten sind: Sauerteig von Ludwig dem Zweiten, zwei Quentchen Milch der Reichen Herzöge, ein kräftiger Schuß vom Blauen Kurfürsten, ein paar Körner Aventin und Apian, etwas kirchlicher Safran, einige Mandelsplitter Revolution, neuerdings auch das noch ungewohnte Gewürz Wittelsbach, alles übergossen mit dem Duftwasser Liberalitas – welches sich freilich für manche stets zu rasch verflüchtigt, anderen darob sogar entbehrlich erscheint. Dieser Brei ist gar gekocht und zu einem schier unüberwindlichen Gebirge aufgegangen, neben dem nur noch die einsamen Gipfel des Schuhplattelns auf der einen und der bayerischen Barocksamkeit auf der anderen Seite in den weißblauen Himmel der allgemeinen und wohlwollenden Zustimmung ragen. Hinter diesen Bergen der freistaatlich-bayerischen Geschichte, jenseits des Hauses Wittelsbach, sollen dem Hörensagen nach *auch* Dinge vorgekommen sein, wie: Karl der Große schert dem Baiernherzog Tassilo das Haupthaar und schickt ihn ins Kloster, oder: das Christentum wird dem Baiernstamm anvertraut; letzterer wandert ein, die Römerherrschaft ablösend. Der bayerische Mensch, der solches von einem der Gipfel des bayerischen Historischen Gebirges aus zu erforschen trachtet, sieht dies gerade eben noch, wenn auch verschwommen. Die Geschichte menschlichen Lebens *vor* diesen Zeitabschnitten ist ihm in einen Nebel mal grauer, mal rosaroter Färbung getaucht und sehr, sehr ferne."[2]

Die Erforschung dieser „sehr, sehr fernen" Zeiten erschweren aber nicht nur uneinsichtige Bauherren oder Ortspolitiker, sondern in besonderem Maße auch neue Errungenschaften des Baurechts. Sollten sich die Beschleunigungstendenzen weiter fortsetzen, entziehen uns diese langsam den Boden. Auch das ist eine Möglichkeit, das ungeliebte und 1973 in einem Anflug von Aktionismus verabschiedete Denkmalschutzgesetz ad absurdum zu führen, ohne daran etwas ändern zu müssen.

ANMERKUNGEN:

[1] Vortrag auf der Arbeitstagung der bayerischen Heimatpfleger am 22. Juni 1996 im Alten Rathaus von Deggendorf.

[2] Zitiert nach dem gedruckten Vortragsmanuskript „Von der Wertschätzung des antiken Menschen im gegenwärtigen Lande Bayern", anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „Vorgeschichte in Niederbayern" in der Herzogsburg zu Dingolfing am 5. Mai 1979 (S. 1).